

## Die bevorstehende Tarifierhöhung.

Die Frage, wie die durch die in Kraft tretende Verkehrs- und Kohlensteuer notwendige Tarifierhöhung bei der Straßenbahn durchgeführt werden soll, ohne die Benutzer unbillig zu belasten und ohne den Fahrcheinverkauf zu umständlich zu gestalten, ist eine Art „Doktorfrage“ geworden, deren Lösung nicht nur der Leitung der Großen Berliner Straßenbahn Kopfzerbrechen macht. Die Mehrbelastung der Straßenbahn durch die Steuern beträgt noch nicht einen vollen Pfennig, und es ist deshalb, wie schon mitgeteilt, vorgeschlagen worden, einen „Elf-Pfennig-Tarif“ einzuführen, der der Mehrbelastung ungefähr entsprechen würde. Gegen diesen wird aber geltend gemacht, daß in Berlin bei weitem nicht soviel Pfennige im Umlauf sind, um dem Bedarf an Zahlungsmittel schon gar nicht an Wechselgeld zu genügen; müßten doch, wenn der Fahrgast nicht die elf Pfennige zahlen kann oder nicht auf das Herausgeben auf 15 Pf. verzichten will, jedesmal vier Pfennigstücke herausgegeben werden. Eine Neuprägung von Pfennigstücken ist zurzeit wegen des Metallverbrauchs zu wichtigeren Zwecken nicht durchführbar. Weiter fürchtet man aber, selbst bei genügendem Vorrat von Wechselgeld, daß durch das nun jedesmal notwendig werdende Herausgeben kleiner Münze das Fahrcheinlösen noch umständlicher und zeitraubender als bisher werden wird, wodurch bei überfüllten Wagen die Verkehrssicherheit leiden müsse, denn die Schaffnerin wäre zu längerem Aufenthalt im Wagen gezwungen, statt sich hauptsächlich auf der hinteren Plattform aufhalten zu können.

Ein Ausweg, der schon wiederholt vorgeschlagen ist, wäre die Ausgabe von Fahrcheinbündeln mit soviel Fahrcheinen, daß eine runde Summe heraustritt. Die Leitung der Großen Berliner Straßenbahn ist auch kein grundsätzlicher Gegner dieser Lösung, hat aber doch Bedenken, weil die Fahrcheinkontrolle, die sie für unbedingt notwendig hält, dann sehr erschwert werden würde; auf diese ist sie aber angewiesen, um großen Verlusten durch Unehrlichkeiten zu entgehen. Da aber dieselben Unehrlichkeiten auch bei einem höheren, als dem der tatsächlichen Mehrbelastung entsprechenden 11-Pf.-Grundtarif bestehen, so wird wohl doch die Einführung von Fahrcheinbündeln oder -heften unvermeidlich sein, und es muß der Straßenbahngesellschaft überlassen bleiben, sich eine Kontrollart herauszutüfteln, die sie vor größerem Schaden behütet.

Bei der Entscheidung über die Tarifierhöhung, die demnächst der Zweckverband zu treffen hat, wird es sich aber überhaupt kaum noch um den 11-Pfennig-Tarif handeln; wird doch wieder lebhaft Stimmung für den 12 1/2-Pfennig-Tarif gemacht, dem Verbandsdirektor Dr. Steiniger in seiner vielbesprochenen Denkschrift zur Tarifreform vom Juli 1916 das Wort redete. Die Schwierigkeiten, die durch den halben Pfennig entstehen, wollte man dadurch beseitigen, daß die Fahrcheine zu 12 1/2 Pf. nur in Bündeln oder Heften ausgegeben werden, während der einzeln gelöste Fahrchein 15 Pf. kosten soll. Für diese Lösung trat mit dem Zweckverbandsdirektor der auf seiner Seite stehende Teil der Verbandsversammlung ein, denn der Ueberschuß des Mehrertrages soll nicht den Straßenbahngesellschaften, sondern den zum Zweckverband gehörenden Gemeinden zugutekommen, wobei es sich um ganz annehmbare Summen handelt. Dabei würde allerdings das Kuriosum eintreten, daß auch solche Gemeinden und Kreise daran teilhaben würden, die niemals nennenswerte Aufwendungen für die Ausgestaltung des Straßenbahnnetzes gemacht haben. Es wird dabei mit so hohen Zahlen operiert, daß sich das Nachrichtenamt der Stadt Berlin veranlaßt sieht, dagegen Stellung zu nehmen. In der Auslassung darüber weist das Nachrichtenamt auf die Kämpfe hin, die sich im Jahre 1916 aus diesen Versuchen, eine Tarifierhöhung durchzudrücken, entwickelten, und stellt die Zahlen richtig. Die Zuschrift schließt: „Der Versuch, die Finanzinteressen der Gemeinden zur Förderung der Tarifpläne der Großen Berliner Straßenbahn auf Kosten einer ganz ungehörlichen Belastung der fahrenden großstädtischen Bevölkerung mit mindestens 5 Millionen um jeden Pfennig Erhöhung heranzuziehen, ist völlig verfehlt.“

Die Entscheidung über die Höhe der Tarifänderung liegt beim Zweckverband, dessen Ausschuß vom Vorsitzenden des Verbandes, Oberbürgermeister Wermuth, zu einer Sitzung am 21. Januar eingeladen worden ist. In dieser Sitzung wird die Tarifänderung den Hauptgegenstand der Beratung bilden. Hoffentlich geht es diesmal ohne die heftigen, oft ins Persönliche geratenden Kämpfe ab, und hoffentlich gelingt es endlich, eine Form für die Tarifänderung zu finden, die der Bevölkerung keine unbillige Mehrbelastung bringt. Jedenfalls dürfen aber Bedenken wegen der Umständlichkeit und Unbequemlichkeiten mit Fahrcheinbündeln und Wechselgeld nicht den Ausschlag geben. Letzten Endes sind das Fragen der Verkehrstechnik, die doch nicht unlösbar sind.